

Antrag 45/I/2022
OV Königs-Wusterhausen
Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Ablehnung

Schienengeführte Nahverkehrsanbindung an U-Bahnlinie U7 von Berlin in das angrenzende Umland Brandenburgs bis zum BER

1 Die SPD-geführte Landesregie-
2 rung und die Landesgruppe
3 Brandenburg in der SPD-
4 Bundestagsfraktion werden
5 aufgefordert sich aktiv für eine
6 schienengeführte Verlängerung
7 der U-Bahn-Linie U7 vom Stadt-
8 rand Berlin in das angrenzende
9 Umland Brandenburgs mit sei-
10 nen direkt anliegenden Wohn-
11 und Wirtschaftszentren insbe-
12 sondere auch für einen über-
13 regionalen ÖPNV-Knotenpunkt
14 mit Anschluss an die A113 in
15 Waltersdorf einzusetzen.
16 Bund und das Land Berlin ha-
17 ben bereits entsprechende Pla-
18 nungen und politische Willens-
19 bildung vorangetrieben, um bis
20 2030 dieses länderübergreifende
21 Projekt zu verwirklichen. Im Land
22 Brandenburg mit seinen Kom-
23 munen sind neue Ideen entwi-
24 ckelt worden (Neo-City, Umland-
25 verkehre Zürich, etc.), trotzdem
26 darf dieses Vorhaben an unend-
27 lichen Erörterungen nicht schei-

Kein Beschluss zu baulichen Einzelmaßnahmen

28 tern.

29

30 **Begründung**

31 Es geht hier nicht nur um eine
32 weitere Zuwegung zum Flugha-
33 fen BER – ganz im Gegenteil: die
34 südliche Region Brandenburgs
35 hat Zuzug an Mitbürger*innen
36 plus aufstrebende Wirtschafts-
37 betriebe. Schon heute ist die
38 Infrastruktur für Brandenburger
39 Pendler*innen im Verkehr nach
40 und von Berlin an seiner Kapa-
41 zitätsgrenze. Selbst ein Ausbau
42 der vorhandenen Träger Stra-
43 ße/Schiene wird nicht reichen
44 die verschiedenen Engpässe
45 vor Berlin auf Brandenburger
46 Gemarkung zu beseitigen.

47 Mit einer weiteren schienen-
48 geführten Verkehrsanbindung
49 besteht die Chance eines zusätz-
50 lichen Verkehrsträgers auf dem
51 Weg von/zur Arbeit in Berlin bzw.
52 umgekehrt im prosperierenden
53 Brandenburger Süden zu gene-
54 rieren. Selbst für Pendler*innen
55 aus der Lausitz bestünde die
56 Möglichkeit über P+R in Wal-
57 tersdorf bspw. animiert über
58 verkehrsaktuelle Hinweisschilder
59 in den umweltverträglicheren
60 ÖPNV ohne große Zeitverluste
61 umzusteigen.

62 Dieses Vorhaben kann nicht
63 aufgrund seiner Einordnung als
64 ÖPNV-Vorhaben durch die be-
65 troffenen Landkreise und Kom-
66 munen alleine bewältigt werden.
67 Die Millionen-Investitionen trotz
68 in Aussicht gestellter 70%iger
69 Co-Finanzierung des Bundes
70 überfordern die regionalen
71 Kassen – außerdem reden wir
72 hier über eine Maßnahme der
73 Verkehrsverlagerung, von der die
74 Bürger*innen des Landes Bran-
75 denburg in Gänze profitieren.